

## **Protokoll zum Fachgespräch „Bedingungsloses Grundeinkommen“**

am 19. März 2007 in der Sozialforschungsstelle (sfs) Dortmund

**Experten:** Prof. Dr. Hartmut Neuendorff (Dortmund), Prof. Dr. Frieder Otto Wolf (Berlin), Prof. Dr. Karl Georg Zinn (Aachen/Wiesbaden)

**Weitere Teilnehmer/-innen und Gäste:** Uwe Dechmann(sfs), Arno Georg (sfs), Pia Paust Lassen (Forum NPA/FU Berlin), Dr. Helmut Martens (sfs), Christina Meyn (Uni D-E / sfs), Dr. Paul Oehlke (Köln), Andreas Peter (RU Bochum)

**Vorbereitung und Moderation:** Dr. Gerd Peter (Forum NPA/sfs)

Zur Vorbereitung des Gesprächs wurde ein Fragenkatalog erstellt und Materialien zu den einzelnen Fragekomplexen versandt (siehe link im Fragenkatalog). H. Neuendorff gab das Eingangsstatement zu I. „Das Konzept“, K.G. Zinn zu II. „Die Ökonomie“, F.O. Wolf zu III. „Die Philosophie“ und G. Peter zu IV. „Die Politik“ ab (zu Punkt V. „Die Arbeitsforschung“ wurde aus Zeitgründen nicht mehr diskutiert). Das Fachgespräch hatte zum Ziel, die weitere Behandlung der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen im Rahmen des Forums Neue Politik der Arbeit helfen zu klären.

Im Mittelpunkt der kontroversen, lebhaften Debatten stand das „bedingungslose Grundeinkommen“, so wie es aktuell in etwa von dem anthroposophischen Unternehmer (dm- Drogeriekette) Götz Werner propagiert wird. Es geht von einer aktuellen Krise in Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur aus, die weitgehend durch die zentrale Funktion von Erwerbsarbeit in den verschiedenen (sexuellen, materiellen, kulturellen) Reproduktionsbereichen verursacht ist und deren Lösung in einer Entkoppelung von Arbeit und Einkommen nach dem Modell der antiken Polis gesehen wird. Das Ziel der Vollbeschäftigung kann nicht mehr erreicht werden, der Sozialstaat ist an seine Grenzen geraten und wirkt zunehmend nur noch über Zwang und Kontrolle, das Festhalten am soziokulturellen Modell der (Erwerbs-) Arbeitsgesellschaft führt zu Niedriglohnbereichen, Produktivitätsschwäche und Motivationseinbrüchen, so weitere Hypothesen. In dieser Situation würde die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommen für Alle wie ein Befreiungsschlag wirken, es orientiere auf die wechselseitigen Anerkennung als Bürger, auf gesellschaftliche Anerkennung jeder Form von Arbeit und ermögliche hierüber wieder ein sinnvolles Leben.

Die formulierten Voraussetzungen für die Forderung eines bedingungslosen Grundeinkommens wurden in der Diskussion durchgehend problematisiert. Vollbeschäftigung sei im gegebenen System durchaus erreichbar bei einer entsprechenden Beschäftigungs- und Arbeitszeitpolitik, der Sozialstaat sei zwar in einer selbstverschuldeten, aber nicht strukturell notwendigen Krise, die durch demokratische Reformen bewältigt werden könne, ohne ihn dadurch in Frage stellen zu müssen. Die Errungenschaft des Sozialstaates als erfolgreiches Modell gesellschaftlicher Integration werde leichtfertig in Frage gestellt. Arbeit sei genügend vorhanden, im Dienstleistungsbereich, auf den Gebieten sozialer Dienste oder auch im Umweltbereich. Es gibt auch kein ökologisches Argument gegen Vollbeschäftigung. Allerdings sind hier keine Produktivitätsschübe wie in der Vergangenheit zu erwarten, weshalb diese Voraussetzung für das bedingungslose Grundeinkommen auch nicht gegeben sei. Gegenwärtig würde seine abgabenfinanzierte Einführung zudem immense Aufwendungen der öffentlichen Haushalte bedeuten und eine schwerwiegend Staatsverschuldung nach sich ziehen, wofür auf demokratischen Wege kaum stabile Mehrheiten erreicht werden können.

Die Funktion der öffentlichen Kampagne für ein bedingungsloses Grundeinkommen reiht sich eher ein in die neoliberale Deregulierungskampagnen des letzten Jahrzehnts, so die Einschätzung in der Diskussion. Das bedingungslose Grundeinkommen geht von gleicher Freiheit von Privateigentümern aus. Es diskreditiert überkommene solidarische Gleichheitsforderungen und zielt in Richtung einer auf „Sockelgerechtigkeit“ orientierten Chancengleichheit des einzelnen unabhängigen Marktsubjektes. Die Fragen der Funktionsweise kapitalistischer Wirtschaft, den negativen Arbeitsmarktauswirkungen und nach dem Gesamtzusammenhang gesellschaftlicher Integration werden überhaupt nicht gestellt bzw. nicht überzeugend beantwortet.

So wurde das Modell vor allem problematisiert hinsichtlich der Integration der Jugend in einen gesellschaftlichen Leistungszusammenhang und der nicht vorgesehen Berücksichtigung ausländischer Mitbürger/-innen. Eine Globalisierung der Bedingungslosen Grundsicherung scheint auf absehbare Zeit aber noch utopisch. Mit der Diskreditierung kollektiver Regelungen werden über diese Debatte die Gewerkschaften als Organisationen der Vereinheitlichung von Arbeitsinteressen geschwächt, allgemeingültige Schutzrechte in Frage gestellt, der weiteren Deregulierung im Zeichen von Globalisierung und Vermarktlichung Vorschub geleistet. Nötig ist eine Zukunftsdebatte: was wollen wir und wie erreichen wir es?

Trotzdem ist gegenwärtig die Diskussion über das bedingungslose Grundeinkommen in der Öffentlichkeit breit vertreten und wird in fast allen Parteien (bisher CDU, FDP, Grüne, PDS) und gesellschaftlichen Organisationen (Attac, Kirchen) durch aktive Minderheiten vorangetrieben, wobei die Zusammensetzung der Anhänger insgesamt als äußerst heterogen bezeichnet werden muss, was ihrer Wirkung zunächst eher zugute kommt. Deshalb scheint ein stärkeres Eingreifen in die öffentliche Debatte gerade auch von Seiten der Gewerkschaften und gewerkschaftsnahen Wissenschaft dringend erforderlich. Hierüber könnten die alternativen Vorstellungen eines kombinierten Modells bedarfsorientierter Grundsicherung, gesetzlicher Mindestlohn und aktive (quantitative wie qualitativer) Beschäftigungspolitik, verbunden mit einer Debatte über eine Reform des öffentlichen Dienstes und der Selbstverwaltung, stärker in der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden. Es wird deshalb von Seiten der Expertenrunde empfohlen, im Rahmen des Forums einen entsprechenden Diskurs vorzubereiten.

Vereinbart wird, nach Abstimmung das Protokoll zusammen mit weiteren Materialien auf die Forum - Homepage zu stellen. Die Dortmunder Gruppe erarbeitet einen ersten Vorschlag für eine Veranstaltung, in der es um einen Diskurs zwischen der Konzeption eines bedingungslosen Grundeinkommens und der vorhandenen Alternativen einer bedarfsorientierten Grundsicherung im Zusammenwirken mit Beschäftigungspolitik geht. Er wird am Rande des Arbeitszeitworkshops des Forum am 19.10.07 beim DGB in Düsseldorf in diesem Expertenkreis besprochen und dann eine entsprechende Tagung „Grundeinkommen“ für Frühjahr 2008 in Dortmund vorbereitet.

Protokoll: sfs Gruppe